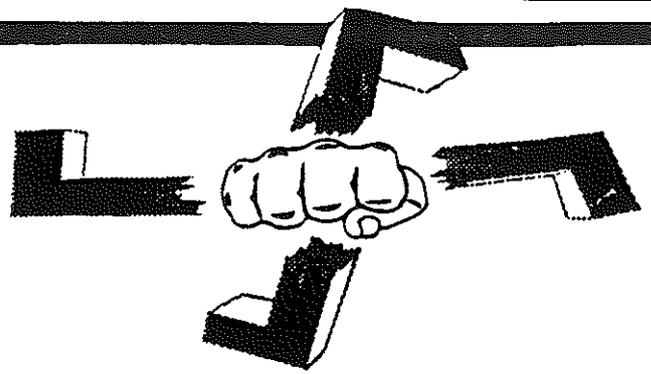


Jugend gegen Rassismus in Europa

JRE-Kreuzberg



Bundestagswahlen '94:

Keine Stimme der SPD, PDS oder Bündnis 90/Grüne Wählt ungültig!

JRE kämpft "Für eine Gesellschaft in Deutschland, Europa und weltweit, in der die Produktion nicht am Profit, sondern an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet ist".

Diese Position bestimmt auch unsere Haltung gegenüber Wahlen zu bürgerlichen Parlamenten. Wahlkampfzeiten können durchaus zu einer erhöhten allgemeinen Politisierung führen und (verzerrt) das politische Kräfteverhältnis zwischen Herrschenden und ArbeiterInnen sowie allen Unterdrückten dieser Gesellschaft ausdrücken. Alle, die ernsthaft für eine Gesellschaft kämpfen wollen, die an "den Bedürfnissen der Menschen orientiert ist", müssen auch bei den anstehenden Bundestagswahlen prüfen, ob eine Partei mit einer Basis in der ArbeiterInnenklasse kandidiert, die für die Verteidigung und Durchsetzung von unseren elementaren Interessen eintritt - oder zumindest vorgibt, das zu tun.

Doch Parteien wie SPD und PDS, die sich (manchmal noch) auf die Arbeiterklasse berufen, lassen sich wenig oder gar nicht von unseren Nöten beeindruckt. Es zeichnet sich immer deutlicher ab, daß die anstehenden Wahlen nichts für uns zum Guten verändern werden. Es ist bereits jetzt klar, daß SPD, PDS und Bündnis 90/Grüne gewillt sind, die immer unverschämteren Angriffe des Kapitals auf die Interessen der ArbeiterInnen durchzusetzen.

Die SPD mit ihrem kürzlich in Halle bejubelten und zum Kanzlerkandidaten gekrönten Scharping hat schon mit ihrer Zustimmung zu der de facto-Abschaffung des Asylrechts und der Zustimmung zu Blauhelm-Bundeswehreinmärschen ihre Unterstützung der bürgerlichen Regierungspolitik demonstriert. Die Zustimmung zur Post"reform" auf dem Rücken der KollegInnen, die Ankündigung des weiteren Sozialabbaus als auch der geplante "Lauschan-griff" sind weitere Beispiele dafür, daß die SPD die Offensive der Unternehmer - wie in der Vergangenheit - fortzusetzen gedenkt. Wer Scharping wählt ... wählt auch nur Kohl!

Bündnis 90/Grüne sind noch nie mit dem Anspruch aufgetreten, ArbeiterInneninteressen vertreten zu wollen. Diskussionen über Quotenregelungen für Flüchtlinge, den Einsatz von Bundeswehr und UNO-Truppen im ehemaligen Jugoslawien, die "nationale Frage" in Deutschland und anderes mehr, zeigen, daß die Grünen bestrebt sind, "rot-grün" dem deutschen Imperialismus mit ökologischen Tupfern auf die Sprünge zu helfen. Wer die Grünen wählt ... wählt den linken FDP-Ersatz!

Die PDS, für viele - vor allem in Ostdeutschland - eine Alternative, entpuppt sich bei näherem Hinschauen allerdings auch nur als loyale Staats-Opposition, die vor der SPD zu Kreuze in die "Mitte" kriecht (Sachsen-Anhalt), um endlich auch mitregieren zu dürfen. Doch in der "Mitte" mag die PDS keiner - die ist nämlich schon besetzt! Obwohl einzelne PDS-Wahlpositionen durchaus unterstützenswert sind: In zentralen Fragen wie z.B. Arbeitszeitverkürzung als Mittel gegen Arbeitslosigkeit ist von vollem Lohnausgleich für alle Beschäftigten keine Rede. Hier soll uns offensichtlich das VW-Modell als gesamt-nationale Alternative verkauft werden. In Bischofferode hat Gysi z.B. die Privatisierung der Kali-Grube befürwortet. Und außerdem: Die PDS redet zwar viel, doch einer Konfrontation mit den Faschisten, mit den Unternehmern oder gar mit dem BRD-Staat ist diese Partei schon immer aus dem Weg gegangen. Wer Gysi wählt wählt Scharping!

Eine Wahlunterstützung - und sei sie noch so kritisch - für eine der genannten Parteien, würde nur dazu beitragen, Illusionen zu verbreiten. Der notwendige Kampf für die Verteidigung von erkämpften Rechten der ArbeiterInnenbewegung und von demokratischen Rechten allgemein, sowie der Kampf gegen den zunehmenden Sozialabbau wird dadurch behindert. Eine Stimme für die SPD, PDS bzw. Bündnis 90/Grüne ist keine Stimme gegen Rechts, da diese Parteien den Rechten nichts entgegensetzen.

Der Beschluß der Berliner JRE-Vollversammlung, berlinweit die PDS zu unterstützen (einschließlich der Möglichkeit, auch SPD wählen zu können) ist falsch - für ArbeiterInnen und Linke, für SchülerInnen und StudentInnen gibt es bei der anstehenden Wahl nichts zu wählen: Stimmt ungültig!

Anstatt sich der Illusion hinzugeben, daß das abgegebene Kreuzchen auf dem Stimmzettel einen Umschwung herbeiführen könnte, müssen im Wahlkampf die Interessen der Lohnabhängigen gegen das Kapital in den Mittelpunkt gerückt werden. Eine wichtige Aufgabe ist es den nötigen Kampf gegen den wachsenden Rassismus/Faschismus zu organisieren und zu verbreitern. Durch Aktionseinheiten von Organisationen der Linken und Arbeiterbewegung muß die Propaganda von Faschisten und Reps verhindert werden, um so auch ihren Einzug in den Bundestag zu vereiteln.

16.07.1994